

Bund

Personalaustausch fördern

[10.04.2019] Den stärkeren Austausch von Personal zwischen Privatwirtschaft und staatlicher Verwaltung will die Bundesregierung fördern, um den Herausforderungen der Digitalisierung zu begegnen. Vorschläge hierfür sollen bis September vorliegen.

Die Bundesregierung will einen stärkeren Austausch zwischen Privatwirtschaft und staatlicher Verwaltung fördern, um den Herausforderungen des Digitalzeitalters gerecht zu werden. Das teilt das Handelsblatt in seiner Online-Ausgabe mit.

Digitalstaatsministerin Dorothee Bär sagte gegenüber dem Handelsblatt: „Es muss die Möglichkeit geben, zeitweise außerhalb von der Verwaltung an der digitalen Front etwa in Unternehmen zu arbeiten sowie vorübergehend in die Verwaltung zu wechseln.“ Zwar gibt es auch jetzt schon vereinzelt Möglichkeiten zum Austausch, so können sich Beamte etwa auf Antrag beurlauben lassen. Die Bundesregierung will diese Möglichkeiten aber vereinfachen. „Für die Lösung komplexer Probleme brauchen wir mehr Vielfalt unserer Mitarbeiter und interdisziplinäres Arbeiten“, so Bär. Es gehe um vernetztes Denken, das Lösen von Problemen mithilfe von Analogien und das Aufbrechen von thematischen Silos, die zwingend Einzug in die Verwaltung halten müssten. Mit diesen Ansätzen soll sich nun die Arbeitsgruppe der Ministerien „Personal in der Digitalen Verwaltung“ befassen und bis September 2019 Vorschläge unterbreiten, ist im Handelsblatt weiter zu erfahren.

Weitere Themen neben der Personalpolitik des Bundes waren bei der Sitzung des Digitalkabinetts im März 2019 laut Handelsblatt die Fortschritte bei der Digitalisierung der Verwaltung und der aktuelle Stand der Digitalisierungsstrategie der Bundesregierung.

(ba)

Zum Artikel im Handelsblatt vom 14. März 2019

Stichwörter: Personalwesen, Bund, Digitalkabinett, Dorothee Bär, Personal-Management, Personalpolitik, Recruiting